

Bürgergruppe für Sicherheit und Lärmschutz an der Bahn  
c/o Dr. Ludwig Steininger  
Riedlingerstr. 3  
**85614 Kirchseeon**  
Email [info@infoline-bahnlaerm.de](mailto:info@infoline-bahnlaerm.de)  
Tel. 08091-4753

Frau Andrea Nahles  
SPD-Parteivorsitzende und  
Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
**11011 Berlin**

per Email [andrea.nahles@bundestag.de](mailto:andrea.nahles@bundestag.de)

Eilt! Bitte gleich vorlegen.

Kirchseeon, 06. November 2018

### **Planungsbeschleunigungsgesetz – Das Ende von Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“**

Sehr geehrte Frau Nahles,

unter dem Schlagwort „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ versprach Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969: „Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein“ und „Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. Diese Regierung sucht das Gespräch, sie sucht kritische Partnerschaft mit allen, die Verantwortung tragen, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft.“

In dieser Woche will die SPD-Fraktion im Bundestag zusammen mit der CDU/CSU im Eiltempo ein – nach Meinung der angehörten Sachverständigen – verfassungswidriges Planungsbeschleunigungsgesetz durchwinken, das – sollte es Rechtskraft erlangen - zu einem Abbau von Bürger- und Mitwirkungsrechten führen wird, der im Nachkriegsdeutschland ohne Präzedenz sein wird. Nur ein kleiner Auszug aus den geplanten Regelungen:

- Beteiligungsmöglichkeiten werden in vielen Fällen vollständig abgeschafft, indem statt öffentlicher Planfeststellungsverfahren nur noch verwaltungsinterne Plangenehmigungen durchgeführt würden,
- Präklusionsregeln werden erneut eingeführt, nachdem die bisherigen vom EuGH kassiert wurden,
- öffentliche Anhörungsverfahren – sofern sie überhaupt noch stattfinden, weil sie nicht mehr obligatorisch sein sollen - geraten zur Farce, weil sie von Personen geleitet werden, die auf der Gehaltsliste eines privaten, profitorientierten Unternehmens stehen, das gleichzeitig der Antragsteller für das Bauvorhaben ist,
- ein vorzeitiger Baubeginn wird der Regelfall

Und unter dem Deckmantel der Verfahrensbeschleunigung soll – nachdem die ehem. SPD-Bauministerin Hendricks dies bei der DIN 4109-2/2018 vorgemacht hat – im neuen §18g AEG zudem eine dritte Variante eines Schienenbonus in Höhe von bis zu 3 dB(A) eingeführt werden.

Da das PlanungsbeschleunigungsG bezgl. des §18g AEG keine Übergangsfrist kennt, würde der § 18g AEG sofort nach Verkündung rechtswirksam und wäre daher auch für Altverfahren maßgeblich, in denen aufgrund einer Übergangsregelung weiterhin der „alte“ Schienenbonus von 5 dB(A) anzuwenden wäre. Die Folge: die berechneten Immissionswerte lägen dann im Einzelfall bis zu  $5+3=8$  dB(A) unterhalb der physikalisch vorhandenen Pegel und dementsprechend geringer wären die erforderlichen Schutzmaßnahmen. 8 dB(A) entspricht etwa der Wirkung einer Lärmschutzwand von etwa 2 m Höhe, d.h. das PlanungsbeschleunigungsG schafft es, eine Lärmschutzwand von 2 m Höhe einfach "wegzurechnen". Die „Dieselschummler“ in der Autoindustrie erscheinen gegenüber den „Bahnlärmschummlern“ in der GroKo wie Amateure.

Mit der Zustimmung zu diesem PlanungsbeschleunigungsG verabschiedet sich die SPD endgültig von Willy Brandts "Mehr Demokratie wagen" und entscheidet sich für eine repräsentative, demokratiefeindliche und gegen den Bürger gewandte Politik.

Das Versprechen von Willy Brandt für mehr Demokratie und Teilhabe führte die SPD zu einmaligen Wahlerfolgen. Der schon länger verfolgten Abkehr von einer bürgerfreundlichen Politik hat es die SPD zu „verdanken“, dass es mit ihren Stimmanteilen sowohl im Bund wie in vielen Länder seit langem stetig bergab geht. Bei den kürzlichen Landtagswahlen hat die SPD in Bayern und Hessen jeweils rund 10 Prozentpunkte an die Grünen verloren, weil die SPD den Umweltschutz nicht glaubhaft vertritt.

Als die SPD noch Volkspartei war, vertrat sie die Interessen breiter Schichten der Bevölkerung, achtete aber gleichzeitig Minderheitenrechte. Heute wird die SPD-Politik von kleinen Minderheiten bestimmt, ohne Rücksicht auf den Rest der Bevölkerung:

Wenn die Kohlepolitik der SPD primär von der Sorge um die Zukunft der wenigen Tausend (Braun)Kohlekumpel und ihrer Gewerkschafter bestimmt wird, aber nicht von der Sorge um das Klima, das Millionen Menschen bewegt, dann braucht sich in der SPD niemand wundern, dass die Millionen dann eine andere (grüne) Partei wählen und nicht die SPD.

Und wenn die SPD-Verkehrspolitik von Eisenbahngewerkschaftern wie Martin Burkert, Detlef Müller oder Bernd Rützel dominiert wird, die – unterstützt von den zahlreichen anderen Gewerkschaftern in der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss - verständlicherweise primär die Klientelinteressen einer kleinen Gruppe von Eisenbahnern verfolgen, dann braucht sich in der SPD niemand wundern, dass die Millionen Bahnanlieger, zu deren Lasten diese Klientelpolitik geht, ihre Stimme nicht der SPD geben. Und diese Stimmen werden immer mehr, während die Anzahl der Eisenbahner in Deutschland immer weiter abnimmt - ein Ende der Stimmentalfahrt der SPD ist daher nicht abzusehen.

Für den Strukturwandel der vom Ende der Kohleverbrennung betroffenen wenigen Menschen sollen nach jüngsten Plänen in den nächsten 30 Jahren jeweils 2 Mrd. EUR pro Jahr, d.h. insgesamt 60 Mrd. EUR, ausgegeben werden. Der Schutz der Gesundheit der Millionen Menschen, die neben Gleisen wohnen (müssen), vor den Auswirkungen der aus Klimaschutzgründen erforderlichen Verlagerung der Verkehre auf die Schiene ist der SPD aber gerade mal 0,15 Mrd. EUR pro Jahr wert, wobei dieser Betrag zuletzt gerade mal zur Hälfte tatsächlich ausgegeben wurde. Peanuts vs. zig Milliarden für die eigene Klientel.

Es liegt uns fern, der SPD irgendwelche Ratschläge zu geben, wie sie die Gunst der Wähler wiedergewinnen könnte. Wir meinen aber, dass die gesamtgesellschaftliche Herausforderung der Energie- und Verkehrswende und die massive Verlagerung der Verkehre auf die

Schiene nicht gelingen kann und wird, wenn – wie die GroKo es jetzt vorhat - auf repressive und betroffenenfeindliche Gesetze wie das PlanungsbeschleunigungsG gesetzt wird. Nur mit einer konsensuellen Politik und durch "Mitnahme" der Bürger und Betroffenen, eben durch "Mehr Demokratie wagen" ist diese riesige Aufgabe zu bewältigen.

Wagen Sie mehr Demokratie und lehnen Sie im Verkehrsausschuss und im Plenum dieses bürger- und demokratiefeindliche Planungsbeschleunigungsgesetz ab !

P.S. Ich lege Ihnen beiliegend auch eine aktuelle Publikation der Arbeit "Analyse der Umsetzung von Aus- und Neubauvorhaben im Bundesverkehrswegeplan 2003" von Autoren der RWTH Aachen aus einer eisenbahntechnischen Zeitschrift vom Juli/August d.J. bei, die zu einer ganz anderen Einschätzung der tatsächlichen Ursachen der Projektverzögerungen gekommen sind als die SPD – die Beschleunigungsvorschläge der Autoren beinhalten daher auch nicht den Abbau von Bürgerrechten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Beitz', written in a cursive style.

Verteiler:

- Natascha Kohlen, Landesvorsitzende der BayernSPD, stv. Bundesvorsitzende der SPD,
- Abgeordnete der SPD im BT-Verkehrsausschuss